

Änderungsantrag zum Antrag 3558-2023/Da/Di von CDU und SPD

Änderungsantrag zur KT Sitzung 11.12.2023 – Verschieben der Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanen 2024 in das erste Halbjahr 2024

Beschlussfassung :

Die Haushaltssatzung wird auf Beschluss des Kreistages Darmstadt Dieburg im 1. Halbjahr 2024 beschlossen.

Begründung :

Das Bundesfinanzministerium (BMW) hat sämtliche Zusagen für das Jahr 2024 im Bundeshaushalt 2024 gesperrt. Alles hänge

in der Luft – so die Auskunft zum Bundeshaushalt 2024 !

Die Folgen des Karlsruher Bundeshaushalt 2024 vom 15. November sind rechtlich nicht zu beurteilen.

Aufgrund der Auswirkungen des Urteils können Kreditermächtigungen für das Sondervermögen Wirtschaftsstabilisierungsfonds Energie im Jahr 2023 nach derzeitigen Rechtslage nicht mehr genutzt werden,

Es fehlen in dem Bundeshaushalt zusätzliche Milliarden.

Herr Merz von der CDU droht „ Eine Regierung. die ihrer Verantwortung für Deutschland nachkommen wolle, müsse umgehend das Bürgergeld kürzen – die Bremse für den Arbeitsmarkt – wie er meint. Ebenso wird gedroht die Kindergrundsicherung weiter zu kürzen.

Im Kern geht es im Bundestag um einen Verteilungskampf zwischen der lohnabhängigen Klasse und dem Kapital. Der Ausgang ist derzeit völlig offen.

Als die Bundesregierung im Sommer den Haushalt 2024

vorstellte, war schon absehbar, dass dies der schlimmste Haushalt seit Jahrzehnten für bedürftige Bürger werden wird. Es droht z.B. die Kürzung von Bürgergeld in Höhe von 10 Milliarden. In Frage steht die Zahlung von ca 32 % Zuschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg für die Kosten der Unterkunft. Besonders krass wird der Gesundheitshaushalt 2024 mit Kürzungen von 16,2 Milliarden Euros betroffen sein. Dies ist eine Ohrfeige für die Beschäftigten und Pflegekräfte des Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt Dieburg

Diese und andere Maßnahmen wirken direkt in den aktuell vorliegenden Kreishaushalt 2024.

Diese Maßnahmen haben sehr wohl Auswirkungen auf die Kreis- und Schulumlage sowie seine Schlüsselzuweisungen.

Schon heute sind die Hebesätze für Kreis und Schulumlage für viele Kommunen untragbar. (2023 = 57,25 % - 2024 = 58.91 % - 2025 = 65,9 – 2026 66,13 – 2017 = 61,86)

Nach vorsichtiger Schätzung wird der vorliegende Haushalt von der aufsichtsrechtliche Genehmigung des RP abgelehnt. Die Folgen dieses Haushaltes – sollte er so beschlossen werden- sind mehrere Nachtragshaushalte .

Die LINKE fordert Ehrlich-, Genauig- und Korrektheit im Umgang mit den Haushalt 2024 vor Schnelligkeit auf. Ich fordere den Haushalt 2024 im 1. Halbjahr 2024 zu beschließen. Ich fordere die Auswirkungen der o.g. Beschreibungen des Bundeshaushaltes 2024 zu berücksichtigen und den Bürgern und Kommunen des Landkreises ehrliche Zahlen zu liefern.

Die LINKE im Kreistag bittet um Zustimmung zu diesem Antrag

Werner Bischoff

DIE LINKE im Kreistag Darmstadt Dieburg.